

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bürger*innenrat zur Umgestaltung des Karstadt-Gebäudes am Hermannplatz unter Berücksichtigung einer Platzneugestaltung

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Zur Entwicklung des Gebietes rund um das Warenhaus Karstadt am Hermannplatz wird ein Bürger*innenrat eingesetzt, um Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Die Bearbeitung umfasst die zukünftige Nutzung sowie Entwicklung des Karstadt-Gebäudes, die Verkehrsplanung und -gestaltung rund um den Hermannplatz, die Anpassung des Platzes an die klimatischen Veränderungen sowie die Auswirkungen auf angrenzende Geschäfte und Wohn-Kieze.

Der Bürger*innenrat soll weitestmöglich ergebnisoffen arbeiten können. Er soll aus repräsentativ gelosten Berliner*innen aus den Stadtteilen Neukölln und Kreuzberg bestehen, wobei Alter, Geschlecht, Wohnort, Migrationsgeschichte, Einkommen und Bildungsabschluss zu berücksichtigen sind. Hierbei sollen mindestens 75 Prozent der gelosten Bürger*innen ihren Wohnsitz im Umkreis von 2 km um den Hermannplatz haben.

Bürger*innenräte sind faktenbasierte Verfahren, in denen für eine solide fachlichen Beratung zu sorgen ist. Diese sollte die Themen Wirtschaftsentwicklung und -struktur der Bezirke, Informationen über die Sozialstruktur, Belange des Denkmalschutzes und die aktuellen Verkehrsplanungen (Tramlinienführung und ihre Konsequenzen für die Platzgestaltung etc.), sowie ökologische Expertise zu Hitzeschutz, Lärm, Luftverschmutzung, Folgen des Klimawandels etc. auf dem Platz umfassen, um auf dieser Grundlage Vorschläge für eine verträgliche Nutzung des Gebäudes und Umgestaltung des Platzes entwickeln zu können. Das Gebäude und der Platz müssen hierbei zusammen betrachtet werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 30. Juni 2026 und danach halbjährlich zu berichten.

Begründung

Bürger*innenräte sind ein ausgezeichnetes Beteiligungsformat, um divergierende Interessen abzuwägen und ausgleichende Lösungsvorschläge für komplexe Probleme zu erarbeiten. Ein gutes Beispiel aus Berlin ist der Berliner Klima-Bürger*innenrat, der effektive Empfehlungen zum Umgang mit der Klimakrise erarbeitet hat, die dann tatsächlich im Wesentlichen in den Senatsbeschluss zum Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm eingegangen sind. In Irland war es mittels eines Bürger*innenrates möglich, Fragen zu entscheiden, in denen die parlamentarische Demokratie jahrzehntelang nicht weiter gekommen war. Das Losverfahren und die fachliche Beratung geben den Beratungsergebnissen eine hohe Legitimität und wirken befriedend.

Nachdem der SIGNA-Konzern in die Insolvenz gegangen und der vorhabenbezogene Bebauungsplan hinfällig geworden ist, ist der Weg wieder frei, um offen und am Gemeinwohl orientiert über die Entwicklung des Karstadt-Standortes am Hermannplatz und eine damit korrespondierende Umgestaltung des Platzes zu diskutieren. Für dieses komplexe Planungsvorhaben kommt ein Bürger*innenrat vorbildhaft in Frage.

Zu den Qualitätsanforderungen eines Bürger*innenrates gehört eine transparente Kommunikation: Dazu gehören die Offenlegung aller das Gebäude betreffenden Gutachten (Denkmalschutz etc.) sowie Verkehrsplanungen, Daten zum Wirtschaftsstandort, Anforderungen an Hitzeschutz, Luftqualität, Erhebungen über die Nutzung des Platzes (z. B. Situation des Marktes etc.).

Bürger*innenräte sind ebenso wie andere Formen der frühzeitigen Bürger*innenbeteiligung konsultative, dialogorientierte Verfahren. Es gibt keinen gesetzlichen Anspruch auf diese Beteiligung und ihre Ergebnisse sind nicht in einem formalen Sinn verbindlich. Andere Bundesländer, die schon lange und intensiv mit konsultativen Verfahren arbeiten, haben gerade in Fällen, wo es um konflikthafte Projekte geht, gute Erfahrungen damit gemacht.

Berlin, den 19. Januar 2026

Jarasch Graf Kahlefeld Schwarze
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen